

Positionspapier von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreisverband Hameln-Pyrmont zu Verschwörungstheorien und der Neuen Rechten im Zusammenhang mit CoViD-19

Die bevorstehende kalte Jahreszeit und die damit verbundene Verlagerung aller Aktivitäten zurück in die Innenräume versetzt Virolog*innen aktuell in Sorge und lässt uns politisch eine zweite Infektionswelle fürchten, die uns allen Prognosen nach härter treffen könnte, als die erste. Gleichzeitig wird die Kritik an den ergriffenen Infektionsschutzmaßnahmen, die sich im Wesentlichen auf die Formel „Abstand halten-Hände waschen-Alltagsmaske tragen“ reduzieren lässt, immer lauter. In Berlin demonstrierten am 29.08.2020 Anhänger*innen der Initiative Querdenken 711, die auch danach an verschiedenen Orten zu Demos unter dem Motto „Wir für das Grundgesetz“ aufriefen. Auch bei uns in Hameln finden regelmäßig ähnlich gelagerte Demonstrationen statt, die zuletzt am 20.09.2020 zu unschönen Szenen mit Beleidigungen gegenüber ehrenamtlichen Helfer*innen des DRK und Einschüchterungen von Schüler*innen am Albert-Einstein-Gymnasium geführt haben¹. Wir nehmen dies zum Anlass, uns zu den Demonstrationen zu positionieren und uns von rechter Meinungsmache und Hetze in diesem Zusammenhang klar zu distanzieren.

Der Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Hameln-Pyrmont hält die Corona-Maßnahmen in weiten Teilen für angemessen und notwendig. Über die gesetzten Prioritäten kann und darf im Detail diskutiert werden, wir haben allerdings nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung und die Landesregierungen unverhältnismäßig in die Freiheitsrechte eingegriffen haben. Alle Verordnungen und Gesetze, die aufgrund der Pandemie erlassen wurden, wurden durch ordentlich gewählte Regierungen beschlossen und unterliegen der demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle. **Eingriffe in die persönliche Freiheit dürfen natürlich nicht über den Zustand der Pandemie hinaus andauern. Hier sehen wir unseren politischen Auftrag, dies auch weiterhin kritisch zu begleiten und einzugreifen, wenn nötig.**

Dass wir mittlerweile einen so routinierten Umgang mit den Infektionsschutz-Maßnahmen gefunden haben, dass sogar Demonstrationen wieder stattfinden dürfen, begrüßen wir. Das Demonstrationsrecht ist eines der Grundpfeiler unserer Demokratie und ein wichtiges Instrument der freien Meinungsäußerung. In einer freien Gesellschaft brauchen wir den politischen Diskurs und schätzen die Vielfalt der politischen Beiträge. Nur so kann unsere Gesellschaft zu mehrheitsfähigen Positionen finden. Wir beobachten allerdings mit Sorge, die zunehmende Vereinnahmung der kritischen Stimmen durch demokratiefeindliche Strömungen und Verschwörungstheoretiker*innen.

So mobilisierten prominente Vertreter der Neuen Rechten, wie Götz Kubitschek (Unter anderem Drahtzieher der Identitären Bewegung, sowie Herausgeber des rechtsradikalen Magazins Sezession), Jürgen Elsässer (Herausgeber des rechtsradikalen Magazins Compact) und Björn Höcke (Thüringischer Landesvorsitzender der AFD und dem sogenannten „Flügel“ der Partei zuzuordnen) für die Querdenken-Demo von Michael Ballauf in Berlin. In den Wochen davor wurde unverhohlen in den sozialen Netzwerken dazu aufgerufen, sich auch im Verbotsfall zu versammeln, sich den Anweisungen der Polizei zu widersetzen und sich dafür auch zu bewaffnen. Die Straße des 14. Juli sollte nach der Demo noch zwei Wochen lang von den Demonstrant*innen besetzt werden. Eine deutliche Distanzierung der Veranstalter*innen hiervon erfolgte im Vorfeld jedoch nicht, so dass Kritiker*innen der Corona-Maßnahmen schließlich neben Neonazis, Reichsbürger*innen und anderen Demokratiefeind*innen demonstrierten.

Eine politische Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Corona-Kritiker*innen ist auf dieser Ebene völlig unmöglich. In Artikel 18 unseres Grundgesetzes heißt es: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung (...) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“ Analog hierzu sind wir der Meinung: **Wer gemeinsam mit Verfassungsfeind*innen demonstriert, verwirkt unser Vertrauen und disqualifiziert sich für eine ernsthafte öffentliche Debatte!**

(beschlossen auf der KMV am 23.09.2020)

¹ Siehe Dewezet Seite 9 vom 23.09.2020